

Erlacherhof, Junkerngasse 47  
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16  
Fax 031 321 60 10  
stadtkanzlei@bern.ch  
www.bern.ch

An die Vorstandsmitglieder des  
Schweizerischen Städteverbands (SSV)  
Florastrasse 13  
3000 Bern 6

Bern, 11. September 2008

**Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz  
(SR 725.113.11): Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gemeinderat bedankt sich für die Möglichkeit, zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz Stellung nehmen zu können. Gerne möchte er zur Vorlage die folgenden Bemerkungen anbringen:

Von der Vorlage des Bundes zu den Anpassungen des Nationalstrassennetzes sind die Städte nicht direkt betroffen. Dies vor allem deshalb, weil allfällige Netzanpassungen in den grossen Agglomerationen nicht Gegenstand der Vorlage sind. Sie werden später im Rahmen der Umsetzung des Agglomerationsprogramms thematisiert. Es gibt jedoch indirekte Auswirkungen auf die Städte, die nicht zu unterschätzen sind:

Die grossen Städte spielen in der Weiterentwicklung eines nachhaltigen Verkehrssystems eine wichtige Rolle. Sie brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in ihren Verwaltungen und bei ihren beauftragten privaten Unternehmen kompetente Verkehrsspezialist/innen. Wo diese fehlen, geraten Projekte ins Stocken, und es bleiben Probleme ungelöst.

Der Bund beabsichtigt im Zusammenhang mit den Netzanpassungen bei den Nationalstrassen 54 neue und im Branchenvergleich überdurchschnittlich gut bezahlte Stellen zu schaffen. Dies wirkt sich negativ auf die Verfügbarkeit von qualifizierten Verkehrsspezialist/innen (Ingenieur/innen, Planer/innen) für Städte, Kantone und private Planungs- und Ingenieurbüros aus. Bekanntlich ist der Stellenmarkt bei den Verkehrsspezialist/innen bereits heute völlig ausgetrocknet, und es werden nicht genügend Fachleute ausgebildet. Ebenfalls bekannt ist, dass der Bund gut ausgebildeten Fachleuten höhere Löhne anbietet als die meisten Städte, Kantone und privaten Unternehmen.

Die Region Bern wird von der Schaffung der Stellen auf Bundesebene besonders betroffen sein, weil die in dieser Frage federführenden Bundesämter ASTRA und BAFU ihren Standort in der Region Bern haben. Sollte im Rahmen der Umsetzung der Agglomerationsprogramme in der Bundesverwaltung (z.B. im BAV) zusätzliche neue Stellen geschaffen werden, würde dieser Effekt weiter verstärkt. Die Situation gestaltet sich für jene Gemeinden besonders schwierig, die mit der Umsetzung des neuen Finanzausgleichs (NFA) keine Aufgaben an den Bund abgetreten haben.

Die Stadt Bern fordert deshalb vom Bund, dass er bei der Personalbeschaffungsstrategie auf die besonderen Umstände Rücksicht nimmt, die durch den Mangel an Fachspezialist/innen und durch die Lohnvorteile der Bundesverwaltung entstehen. Insbesondere soll er auf ein aktives Abwerben von Fachleuten in dieser Region verzichten. Ein breiter Abzug von Fachkompetenzen aus den Städten zum Bund muss möglichst verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Tschäppät  
Stadtpräsident

Dr. Jürg Wichtermann  
Stadtschreiber